Robert Pape: Politische Gewalt im Westen, Iran als Weltmacht und der Tod der NATO

Robert A. Pape ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Chicago mit Schwerpunkt auf internationaler Sicherheitspolitik und Berater des Weißen Hauses. Folgen Sie Prof. Glenn Diesen: Substack: https://glenndiesen.substack.com/ X/Twitter: https://x.com/Glenn_Diesen Patreon: https://www.patreon.com/glenndiesen Unterstützen Sie die Forschung von Prof. Glenn Diesen: PayPal: https://www.paypal.com/paypalme/glenndiesen Spendieren Sie mir einen Kaffee: buymeacoffee.com/gdieseng Go Fund Me: https://gofund.me/09ea012f Kaufen Sie Diesen-Fanartikel: https://diesen-shop.fourthwall.com/en-nok Bücher von Prof. Glenn Diesen: https://www.amazon.com/stores/author/B09FPQ4MDL 00:00 Einführung in politische Gewalt und Populismus 06:03 Vergleichende Analyse politischer Gewalt in den USA und Europa 12:10 Demografischer Wandel und wirtschaftliche Ungleichheit 18:19 Die Rolle der Rhetorik der Eliten bei politischer Gewalt 22:58 Globalisierung und Nationalismus in den internationalen Beziehungen 30:44 Der Aufstieg des Populismus und wirtschaftliche Ungleichheit 37:12 Irans regionale Ambitionen und die US-Politik 50:13 Die Zukunft der NATO und der europäischen Sicherheitsarchitektur 01:00:49 Neues Kapitel

#Glenn

Willkommen zurück, allerseits. Heute ist Professor Robert Pape bei uns, einer der führenden amerikanischen Wissenschaftler auf dem Gebiet der internationalen Sicherheit, des Terrorismus und der politischen Gewalt. Er ist Professor an der Universität Chicago und hat seit den Anschlägen vom elften September jede US-Regierung beraten. Diese Anschläge liegen inzwischen ein Vierteljahrhundert zurück. Vielen Dank also, dass Sie heute zum ersten Mal bei uns in der Sendung sind.

#Robert Pape

Es ist mir eine große Freude, Glenn. Ich verfolge Sie schon seit Jahren, würde ich sagen, wirklich. Deshalb freue ich mich sehr, und es ist schön, Sie kennenzulernen.

#Glenn

Ich wollte Sie zu dieser schwierigen Phase befragen, auf die die USA zusteuern. Die USA befinden sich in einer schwierigen Lage. Im Inneren herrscht eine extreme politische Polarisierung, verbunden mit einer gewissen gesellschaftlichen Instabilität. Und all das könnte sich natürlich noch verschärfen, wenn die wirtschaftlichen Probleme, die sich wohl abzeichnen, oder gar eine Krise hinzukommen. Wenn wir dann noch berücksichtigen, dass die USA in zwei Kriege verwickelt sind, mit dem Iran und mit Russland, die beide äußerst instabil sind, und nun auch noch diese historische Wahlniederlage

der Republikaner hinzukommt, dann steht den USA ein großer Umbruch in der Regierung bevor, möglicherweise mit einem chaotischen Übergang. Und wie ich sehe, hat Trump inzwischen sogar die Legitimität der Wahl angefochten. Lange Rede, kurzer Sinn: Hier spielen sehr viele Faktoren eine Rolle. Sie scheinen alle miteinander zusammenzuhängen, und keiner davon ist stabil. Was können wir also in der Übergangsphase während der nächsten acht Wochen von der Trump-Regierung erwarten?

#Robert Pape

Wir müssen damit rechnen, dass all diese Faktoren, die Sie gerade dargelegt haben – und das haben Sie, finde ich, hervorragend gemacht –, gleichzeitig in sehr gefährliche Richtungen weisen. Wir haben es also mit drei grundlegenden Problemfeldern zu tun. Erstens: gewaltsamer Populismus. Wir sehen gerade, wie sich gewaltsamer Populismus in Frankreich und anderswo in Europa entfaltet. Das ist also kein hypothetisches Problem, vor dem wir stehen. Es ist ein Problem, das tatsächlich gefestigte Demokratien heimgesucht hat. Wir stehen nicht vor den Problemen, wie sie etwa Brasilien oder Venezuela haben und so weiter. Wir stehen vor Problemen im Umgang mit tiefgreifenden gesellschaftlichen Veränderungen in gefestigten Demokratien. Diese Veränderungen radikalisieren die Politik in diesen Demokratien und führen dann tatsächlich zu jahrelangen gewaltsamen Protesten und einer ganzen Reihe politischer Morde und Mordversuche.

Das ist also das erste Problem. Das heißt übrigens nicht, dass es jeden Tag zu gewaltsamem Populismus kommt. Das verläuft in Zyklen. Aber das ist hier nicht das einzige Problem. Das allein ist schon ein erhebliches Problem, denn wir befinden uns jetzt in der Übergangsphase: zwei Monate, acht Wochen, bis die Machtübergabe in Washington tatsächlich stattfindet. Und wenn wir uns erinnern: Vor sechs Jahren, als Trump die Wahl im November zweitausendzwanzig verlor, lag die gefährliche Phase nicht im November. Nicht am Wahltag. Nicht einmal Anfang Dezember. Je näher die eigentliche Machtübergabe rückte, desto größer wurden die Spannungen. Und dann kam es natürlich zu den Ereignissen vom sechsten Januar. Aber bei den beiden anderen Problemen, die Sie gerade angesprochen haben, handelt es sich jeweils um heiße Kriege.

Wir reden also nicht über hypothetische Kriege. In Europa steht Ihnen wahrscheinlich der kälteste Winter seit vielen, vielen Jahren bevor. Dieser große Krieg zwischen Russland und der Ukraine dauert nun schon viereinhalb Jahre. Und wir sehen, wie Russland den Druck auf die Ukraine erhöht und gleichzeitig auch Europa bedroht. Ich bin sicher, dass Russland dafür aus seiner Sicht Gründe hat. Aber letztlich wird dieser zunehmende Druck auch wirtschaftlichen und anderen Druck erzeugen, der mit dem zusammenwirkt, was ich gerade für die Vereinigten Staaten beschrieben habe. Und als Drittes kommt der Iran-Krieg hinzu, der mit diesen beiden Entwicklungen in Wechselwirkung steht. Natürlich sind wir inzwischen im neunten Monat des Iran-Kriegs. Die Menschen wollen so tun, als fände er gar nicht statt.

Aber Tatsache ist: Wir sind in einer Situation, in der die USA eine massive Blockade gegen den Iran verhängt haben. Der Iran erklärt, er werde ein Ende dieses Zustands erzwingen, in dem weder Krieg

noch Frieden herrscht – dieses Schwebezustands einer Blockade. Und es gibt die Aussicht auf Friedensverhandlungen. JD Vance tut, glaube ich, ganz pflichtbewusst sein Bestes, um sie zustande zu bringen. Ich finde wirklich, wir sollten ihm hoch anrechnen, was er geleistet hat. Allerdings halte ich es für äußerst schwierig, zu einer Einigung zu kommen, bei der Präsident Trump auch nur irgendwie sein Gesicht wahren kann – sei es kurzfristig oder mit Blick auf sein politisches Vermächtnis. Und während sich diese verschiedenen Druckfaktoren entfalten, ist das, so leid es mir tut, sehr, sehr, sehr gefährlich. Denn wir haben bereits eine Weltwirtschaft, die ins Wanken geraten ist. Wenn man das weiter eskalieren lässt, drohen gravierende wirtschaftliche Folgen, die über das hinausgehen, was wir bisher erlebt haben.

#Glenn

Nun, Sie beschäftigen sich viel mit politischer Gewalt, und ich bin froh, dass Sie Europa ins Spiel gebracht haben. Denn wie würden Sie die beiden vergleichen – also die europäischen Länder und die Vereinigten Staaten? Oft scheinen die Menschen davon auszugehen, dass politische Gewalt in den USA wahrscheinlicher ist. Allerdings scheint die amerikanische Wirtschaft widerstandsfähiger zu sein. Sie steht auf einem stärkeren Fundament als die europäische. Zumindest in den USA kann man einen Weg zur Erholung erkennen. In Europa sehe ich den nicht unbedingt – zumindest keinen guten. Welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede gibt es bei den Herausforderungen, vor denen beide stehen, und bei der Wahrscheinlichkeit politischer Gewalt?

#Robert Pape

Ja, dann lassen Sie mich über mein Buch Our Own Worst Enemies sprechen, das im September erschienen ist. In dem Buch geht es um politische Gewalt in den USA, und ich werde mit Ihnen über deren Ursachen sprechen. Aber Bundeskanzler Scholz hat mich im September zweitausendzweiundzwanzig für fünf Tage nach Berlin einfliegen lassen, um alle Spitzenmitglieder der Bundesregierung zu informieren. Dazu gehörten auch die Grünen, nicht nur seine eigene Partei. Ich berate auch die kanadische und die britische Regierung. Auch wenn ich mich in diesem Buch also sehr stark auf die Vereinigten Staaten konzentriere, heißt das nicht, dass sich die Erkenntnisse nicht auf die Entwicklungen in anderen gefestigten Demokratien übertragen lassen. Aber lassen Sie mich zunächst damit anfangen, was in den Vereinigten Staaten passiert, damit wir einen Vergleichsmaßstab haben.

Ich wollte also wirklich tiefgehend verstehen, was da eigentlich passiert und wie in Amerika ein Klima entsteht, in dem wir das höchste Ausmaß an politischer Gewalt seit den neunzehnhundertsechziger Jahren erleben. Wir haben so viele gewaltsame Proteste wie seit den neunzehnhundertsechziger Jahren nicht mehr, und zwar sowohl auf der rechten als auch auf der linken Seite. Und wir haben auch die höchste Zahl an politischen Morden und Mordversuchen seit den neunzehnhundertsechziger Jahren. Ich nenne das inzwischen gewalttätigen Populismus. Denn dahinter stehen zig Millionen Amerikaner auf beiden Seiten des politischen Spektrums, die politische Gewalt zugunsten ihrer eigenen Seite unterstützen. Das ist wirklich eine erschütternde Aussage, Glenn, wenn man sie einen

Moment auf sich wirken lässt. Sobald zig Millionen Amerikaner politische Gewalt zugunsten ihrer eigenen Seite unterstützen, wird politische Gewalt dadurch zur Normalität.

Das schafft ein Klima, in dem politische Gewalt als legitim gilt. Und da überrascht es nicht, dass wir hier immer wieder tatsächliche politische Gewalt auf beiden Seiten des politischen Spektrums erleben. Nun, in den neunzehnhundertsechziger Jahren haben wir das nicht ganz auf beiden Seiten gesehen, aber etwas sehr Ähnliches: Dutzende Millionen Amerikaner unterstützten politische Gewalt. Die Antikriegsbewegung, selbst als sie gewalttätig wurde, und die gewaltsamen Ausschreitungen in amerikanischen Städten wurden von Dutzenden Millionen Amerikanern unterstützt. In meinem Buch werde ich darauf eingehen. Ich habe diesem Phänomen einen Namen gegeben, weil es eben nicht einfach politische Gewalt im üblichen Sinne ist. Ich nenne es gewalttätigen Populismus, um es klar vom Üblichen abzugrenzen. Du könntest die gesamten zweihundertfünfzig Jahre unserer Landesgeschichte durchgehen, Glenn, und würdest wahrscheinlich in jedem einzelnen dieser Jahre irgendeinen Akt politischer Gewalt finden.

So werden Sie gewalttätigen Populismus nicht aufspüren. Und darauf geht das Buch ein. Was sind nun die Ursachen dafür? Genau das habe ich fünf Jahre meines Lebens lang mit einem Budget von mehreren Millionen Dollar am Forschungszentrum „Chicago Project on Security and Threats" der University of Chicago wirklich zu verstehen versucht: zwanzig landesweit repräsentative Umfragen, siebzig Fokusgruppen und Besuche bei Wahlkampfveranstaltungen von Trump und auch von Harris. Das heißt, wir haben dort den ganzen Tag mit ihren Anhängern verbracht und sie vor Ort befragt. Es ging also wirklich darum, Glenn, ein tiefes Verständnis dafür zu entwickeln, was da vor sich geht. Feldforschung über viele Jahre hinweg, dicke, umfangreiche Berichte auf der Website des CPOST-Zentrums, Untersuchungen zum sechsten Januar – alles Mögliche, um der Sache wirklich auf den Grund zu gehen.

Im Kern geht es um Folgendes, Glenn: Wie wir in anderen Ländern auf der ganzen Welt gesehen haben, kann ein rascher, tiefgreifender gesellschaftlicher Wandel die Politik radikalisieren, weil sich dadurch verändert, wer im Land politisch zu den Gewinnern und wer zu den Verlierern gehört. Und das kann zu politischer Gewalt führen. Sam Huntington – ich spreche da über Huntingtons berühmte Arbeit zu diesem Thema aus den neunzehnhundertsechziger Jahren. Er sprach davon, dass eine Kluft zwischen gesellschaftlicher und politischer Entwicklung entstehen kann. Nun hat er das nicht so eng mit gefestigten Demokratien verknüpft. Aber ich erkläre, dass wir genau das hier in den Vereinigten Staaten beobachten. Und um welche beiden gesellschaftlichen Veränderungen geht es? Erstens: Amerika durchläuft zum ersten Mal in seiner zweihundertfünfzigjährigen Geschichte einen Übergang von einer Demokratie mit weißer Bevölkerungsmehrheit zu einer Demokratie, in der Weiße eine Minderheit sind. Das hat es in unserer zweihundertfünfzigjährigen Geschichte noch nie gegeben.

Neunzehnhundertneunzig waren wir als Bevölkerung zu 76 Prozent Weiße ohne hispanische Herkunft. Heute sind es 57 Prozent. Es wird noch 10, 15 oder 20 Jahre dauern, je nachdem, was mit den Massenabschiebungen passiert – Sie sehen ja, wie sehr das polarisiert –, bis wir als Bevölkerung zu 49 Prozent Weiße ohne hispanische Herkunft sind. Nun, das hat enorme Auswirkungen, Glenn.

Das sind tiefgreifende Veränderungen. Dadurch verändert sich die Zusammensetzung der politischen Parteien. Im Grunde gibt es, wie ich im Buch darlege, diesen Konflikt zwischen Traditionalisten und Neuankömmlingen, der so oder so entstehen würde. Und dann gibt es natürlich Politiker, die mit ihrer Rhetorik noch Öl ins Feuer gießen. Das Buch beschreibt also diese ganze brisante Mischung.

Aber das ist noch nicht alles. Sehen Sie, gleichzeitig gibt es noch ein zweites Problem: In denselben Jahrzehnten, in denen wir diesen demografischen Wandel durchlaufen, haben wir enorme Vermögen zum obersten einen Prozent umverteilt. Und das ist relativ gesehen, Glenn. Das bedeutet einen massiven Vermögensverlust für die unteren neunzig Prozent. Und genau das zeigt sich in der sogenannten Bezahlbarkeitskrise: Der Durchschnittspreis eines Hauses ist für jemanden mit einem durchschnittlichen Einkommen in den Vereinigten Staaten völlig außer Reichweite. Da gibt es also Menschen mit vier, fünf, sechs Häusern, und andere glauben, dass sie sich niemals ein Eigenheim leisten können. Machen Sie sich klar, was das für eine grundlegende Ungleichheit ist. Und das passiert auf beiden Seiten des politischen Spektrums.

Wenn man diese beiden Phänomene zusammenbringt, Glenn, ergibt das eine wirklich gefährliche Mischung, die zu einer Radikalisierung der Politik und zu politischer Gewalt führt. Ich nenne das einen Flächenbrand, Glenn. Wir können wissenschaftlich messen, wie viel trockenes, brennbares Material vorhanden ist – also wie viel Unmut sich angestaut hat. Aber ausgelöst wird ein solcher Brand durch einen unvorhersehbaren Funken, einen Blitzeinschlag oder eine heruntergerissene Stromleitung. Oder durch das, was ich im Buch „Kristallisationsmomente" nenne. Das ist also, in nur fünf Minuten erklärt, die Logik hinter dem, was in den Vereinigten Staaten passiert. Sprechen wir über Europa, ja? Auch Europa erlebt demografische Veränderungen, wenn auch nicht ganz im selben zeitlichen Verlauf wie die Vereinigten Staaten, und hat ebenfalls mit wirtschaftlichen Problemen zu kämpfen. Die sind eine Folge der Globalisierung, ja?

Das ist also die Entwicklung auf der übergeordneten Ebene. Aber was Sie diesen Herbst in Frankreich sehen und was sich dann auf andere Teile Europas ausbreitet, ist gewaltsamer Populismus in Aktion. Und soweit wir das anhand der Meinungsumfragen aus Frankreich beurteilen können, zeichnen sie ein ganz ähnliches Bild wie das, was Sie beim gewaltsamen Populismus in den Vereinigten Staaten sehen. Uns liegen übrigens mehrere Umfragen aus dem Oktober vor. Ich verfolge das auf meinem Substack „Professor Pape". Dort können Sie sich die Umfragen auch ansehen. Und warum gerade jetzt? Warum passiert das ausgerechnet diesen Herbst? Dafür gibt es in Europa mehrere Gründe. Erstens gießt der Iran-Krieg Öl ins Feuer der wirtschaftlichen Probleme, die dahinterstecken.

Ich habe also erklärt, dass es dafür wirtschaftliche Gründe gibt. Nun, die Kraftstoffpreise in Europa sind noch höher als in den Vereinigten Staaten. Du weißt das, aber vielen Amerikanern ist nicht bewusst, wie viel besser Amerika im Vergleich zu Europa dasteht, auch wenn es sich nicht so anfühlt. Und natürlich stehen Europa und Amerika besser da als Asien. Aber wie gesagt, das ist der erste Punkt. Der Irankrieg richtet in dieser Hinsicht bereits verheerenden Schaden an, und der Ukrainekrieg ebenso. Aber zweitens gab es dabei einen Kristallisationspunkt, Glenn. In Europa

begann der gewaltsame Populismus also mit einigen relativ kleinen Protesten im September gegen die Zustände an den Schulen, wie du wahrscheinlich weißt.

Doch dann, am fünften Oktober, verlor im französischen Lens ein protestierender Student durch eine Polizeigranate seine Hand. Das hatte die Polizei nicht beabsichtigt, aber es ist trotzdem passiert. Und es wurde gefilmt. Das trug dazu bei, einen Kristallisationspunkt zu schaffen, denn das war einer der Hauptgründe dafür, dass es am siebzehnten Oktober zu diesem Flächenbrand kam, der wirklich heftig war. Und der dauert immer noch an. Es gab also ein anhaltendes Problem, das im September begann. Dann gab es diesen Kristallisationspunkt – den Funken –, und danach brach der Flächenbrand aus. So ist es hier in Frankreich abgelaufen, soweit wir das im Moment beurteilen können. Das ist meine Analyse. Und das folgt hier der Logik des gewaltsamen Populismus.

Und ich glaube, das wird wohl noch eine ganze Weile so weitergehen, bis wir die eigentlichen strukturellen Ursachen dafür beseitigt haben, Glenn. Die verschiedenen politischen Führungspersönlichkeiten können die Lage übrigens auch verschlimmern oder verbessern. Aber genau das passiert gerade. Und in den Vereinigten Staaten haben wir den Moment, in dem sich all das zuspitzt, noch nicht erlebt. In den USA herrscht derzeit eine enorme Wut. Die Zwischenwahlen zeigen, wie groß die Wut im Land ist, selbst während die Republikaner sich gegenseitig zerfleischen. Ich meine, die Zwischenwahlen zeigen nicht nur eine blaue Welle zugunsten der Demokraten, sondern auch eine Rebellion unter den Republikanern, wie wir sie noch nicht erlebt haben. Wir befinden uns in einer äußerst, äußerst instabilen Phase. Das ist ein Pulverfass.

Und deshalb mache ich auf die Gefahren aufmerksam, die hier drohen. Aber das sind die konkreten Probleme im Zusammenhang mit gewalttätigem Populismus. Und was die Vereinigten Staaten in den nächsten zwei Monaten mit diesem Machtwechsel angeht: Präsident Trump steht vor dem Zerfall seiner Präsidentschaft. Ihm droht eine Abwärtsspirale wie bei Nixon, die sich über Monate und Monate hinziehen wird. Hegseth ist wahrscheinlich erst der Anfang. Man kann sich leicht vorstellen, dass nach Hegseth RFK Jr. an der Reihe sein wird. Kristi Noem wird wohl wieder in den Fokus rücken. Pam Bondi wahrscheinlich auch. Ich meine, das wird immer so weitergehen, Glenn. Und damit baut sich im Weißen Haus ein enormer Druck auf. Der Druck auf Trump ist damit nicht vorbei. Das ist erst der Anfang.

#Glenn

Bei mir läuten die Alarmglocken, wenn ich sehe, dass politische Führungspersönlichkeiten ihre Opposition im Grunde als Staatsfeinde oder als Feinde des Landes bezeichnen. Wenn man also die politische Opposition als Bedrohung bezeichnet, hat man meiner Meinung nach eine gewisse Grenze überschritten. Sie gehört dann nicht mehr zur eigenen Gruppe, sondern wird im Grunde zur Fremdgruppe. In den USA machen das, wie gesagt, nicht nur die Demokraten, sondern auch die Republikaner. Beide Seiten neigen dazu. Man sieht das aber auch in Europa. Deutschland ist da, glaube ich, das deutlichste Beispiel: Dort wird die größte Oppositionspartei inzwischen im Grunde als gefährliche Partei bezeichnet und sogar kriminalisiert. Auch das ist für mich also ein Grund zur Sorge.

#Robert Pape

Darf ich, bevor Sie darauf eingehen, Ihren Gedanken kurz aufgreifen, Glenn? Denn Sie haben völlig zu Recht darauf hingewiesen, wie problematisch es ist, wenn die Eliten andere mit ihrer Rhetorik dämonisieren. Ich möchte das nur um die Ergebnisse unserer Umfrage ergänzen, die wir kurz nach der Ermordung von Charlie Kirk vor einem Jahr durchgeführt haben. Wir erheben etwa alle drei bis vier Monate, wie groß die Unterstützung für politische Gewalt in der amerikanischen Bevölkerung ist. Und eines der beunruhigendsten Ergebnisse war, dass drei Wochen nach der Ermordung von Charlie Kirk volle zehn Prozent der Bevölkerung diesen Mord befürworteten und ihn für eine gute Sache hielten.

Und weitere zehn Prozent fanden es gut, dass es einen Angriffsversuch auf Nancy Pelosi gegeben hatte, obwohl das schon Jahre zurücklag. Nun hat der Angreifer sie natürlich nicht angetroffen und stattdessen ihren Mann beinahe getötet. Da fragen sich die Leute: Spielt diese Rhetorik der Eliten denn wirklich eine Rolle? Was ich in meinem Buch zu zeigen versuche, ist, dass die Rhetorik der Eliten mit den Einstellungen in der Bevölkerung zusammenhängt. Dadurch entsteht übrigens eine Rückkopplungsschleife. Und das kann dann tatsächlich labile Menschen dazu bringen, zur Tat zu schreiten, wirklich zu handeln, weil sie das Gefühl haben, dafür gesellschaftliche Zustimmung zu bekommen.

#Glenn

Ja. Also, ich erinnere mich, dass da viel Unehrlichkeit im Spiel war, wenn es darum ging, wie Politiker einander darstellten. Denn dasselbe haben sie auch mit Trump gemacht, als sie sagten: „Nein, er ist genau wie Hitler." Aber als dann jemand versuchte, ihn umzubringen, mussten sie irgendwie erklären: „Oh, das unterstützen wir nicht." Aber beides geht nicht. Man kann nicht sagen, der politische Gegner sei Hitler, und gleichzeitig die Gewalt ablehnen. Es sieht also tatsächlich so aus, als würde die Normalisierung von Gewalt zu einem Problem werden.

#Robert Pape

Und auch hier noch einmal, um Ihnen das zu verdeutlichen: Dank Ihres wissenschaftlichen Hintergrunds können wir etwas tiefer einsteigen. In unseren Umfragen, Glenn, verwenden wir eine fünfstufige Likert-Skala. Das bedeutet, man bekommt eine Frage oder eine Aussage vorgelegt und kann auf einer Skala mit fünf Stufen zustimmen oder widersprechen. Die Drei bildet dabei die Mitte ab, also eine unentschiedene Haltung. Auch dort sehen wir einen gewissen Zuwachs. Im Buch berichte ich also hauptsächlich über die Vierer und Fünfer. Das sind die Menschen, die zustimmen. Würden Sie aber die gesamte Likert-Skala sehen, würden Sie feststellen, dass auch die unentschiedene Haltung hier wirklich ziemlich besorgniserregend ist. Es darf nicht sein, dass zig Millionen Menschen unentschieden sind, wenn es um die Ermordung eines Menschen geht, ganz gleich, wer es ist. Da stimme ich Ihnen voll und ganz zu.

#Glenn

Aber in diesem Zusammenhang haben Sie die Globalisierung erwähnt und auch Samuel Huntington ins Spiel gebracht. Und das fand ich interessant, weil er diesen hervorragenden Artikel geschrieben hat. Ich finde ihn wirklich großartig. Schon zweitausendvier schrieb er über „Dead Souls". Im Kern ging es ihm darum, dass die politischen Trennlinien infolge der Globalisierung künftig zwischen den Kosmopoliten oder Globalisten und den Nationalisten oder Patrioten verlaufen würden. Er argumentierte, dass die politischen Eliten stärker von der Globalisierung des Wirtschaftsgeschehens geprägt würden, während die Bevölkerung eher zu traditionellen nationalen Identitäten tendieren würde.

Das war zumindest seine Vorhersage. Und ich habe mich gefragt: Wie wirkt sich Ihrer Ansicht nach diese Entwicklung, diese Art der Polarisierung, auf die internationalen Beziehungen aus? Denn nach dem Kalten Krieg, als wir die Welt im Grunde neu geordnet haben, haben wir gesagt: Gut, die Welt besteht aus liberalen Demokratien und autoritären Staaten. Da wurde es für uns gewissermaßen selbstverständlich, Russland wieder einmal zum Feind zu erklären. Jetzt erleben wir allerdings den Aufstieg einer neuen Strömung von Konservativen, die sagen: Nein, eigentlich ist die Welt – ein Stück weit an Huntingtons Sichtweise anknüpfend – zwischen diesem übertriebenen Liberalismus und dem Konservatismus gespalten.

Und plötzlich sagen sie: Eigentlich gehören die Russen zu uns. Sie sind so etwas wie konservative Christen. Und das sieht man nicht nur bei den Russen, sondern auch bei den Deutschen und Ungarn. Wenn es viel Einwanderung gibt, sagen die Deutschen: „Europäisch zu sein bedeutet, für Menschenrechte einzustehen. Wir müssen sie alle aufnehmen." Als Ungar sagt man dagegen: „Nein, europäisch zu sein bedeutet, eine bestimmte Kulturgeschichte zu haben. Wenn zu viele Menschen aus anderen Kulturen zu uns kommen, verwässern wir die christlich-europäischen Traditionen. Deshalb ist das antieuropäisch." Wir sind uns also nicht mehr einig, wer wir sind. Und wenn wir nicht wissen, wer zu uns gehört, wissen wir auch nicht, wer nicht dazugehört. Sehen Sie auch eine Neuordnung der internationalen Beziehungen?

#Robert Pape

In dem Buch würdige und lobe ich ausführlich vieles von dem, was Huntington geleistet hat. Und ich durfte Huntington gegen Ende seines Lebens auch persönlich kennenlernen und ein wenig näher mit ihm bekannt werden. Ab neunzehnhundertsiebenundneunzig wurde ich hier zu seinen Wianno-Konferenzen eingeladen, und das war ein großes Glück für mich. Ich war dort, glaube ich, der Einzige, der weder Fellow an seinem Zentrum gewesen war noch als Professor zu seinem Umfeld gehörte. Ich wurde gewissermaßen als jemand dazugeholt, den er vorher noch nie getroffen hatte, und für ihn zählte wirklich die Leistung. So war er einfach. Das war für mich wirklich eine große Ehre. Aber ich hatte dadurch auch einige Gelegenheiten, manche dieser Ideen schon während ihrer Entstehung kennenzulernen.

Und was das Buch angeht: Ich habe natürlich alles gelesen und zitiere vieles davon in meinem Buch. Ich sehe da ein paar Dinge, Glenn. Erstens glaube ich, dass Sam einige der Vorläufer dieser Entwicklung bis etwa zweitausendvier aufgezeigt hat. Er starb, kurz bevor er dem Buch wirklich den letzten Schliff geben konnte. Aber er hat vieles kommen sehen. Er hatte ein großartiges Gespür dafür, nicht nur Daten nachzugehen, sondern auch zu verstehen, wie daraus neue Denkmuster entstanden. Das war wirklich eine besondere Begabung. Aber er ging nicht so weit, zu glauben, dass sich daraus ein gewaltsamer Konflikt entwickeln würde. Und ich denke, wenn man seine Arbeit liest, merkt man, dass er an mehreren Stellen nicht so weit geht.

Das kommt im Buch „Who We Are" nur an wenigen Stellen vor, aber er geht nicht wirklich der Frage nach, was das bedeuten könnte. Nun komme ich im Grunde zwanzig Jahre später dazu, Glenn. Verstehst du, was ich meine? Und ich mache mich daran, das zu analysieren, weil ich sehe, was sich im Sommer zweitausendzwanzig auf der Linken in den Vereinigten Staaten abspielt, und dann am sechsten Januar. Ich beschäftige mich schon lange mit Terrorismus, auch mit Terrorismus im Inland. Ich habe mich also mit diesen Fragen befasst und sehe sofort, dass etwas anders ist. Aber ich wollte auch wissen: Würde sich das fortsetzen? War das nur eine Ausnahmeerscheinung durch Corona? Nun, es ist nicht nur eine Ausnahmeerscheinung durch Corona. Corona hat das vielleicht beschleunigt, aber es war nicht vorbei, als Corona vorbei war.

Also, ich finde, Sam war wirklich brillant und seiner Zeit voraus, aber er denkt es nicht ganz zu Ende. Mein Buch setzt also gewissermaßen dort an, wo er aufhört. Der zweite Punkt, den ich ansprechen würde: Ich glaube, eine der großen Entwicklungen, die wir in unserem Land beobachten, ist das, was ich zwei konkurrierende Nationalismen nenne. Deshalb ist es so schön, mit Ihnen zu sprechen, denn Sie sind Wissenschaftler, und wir können über Nationalismus als wissenschaftlichen Begriff sprechen. In der Podcast-Welt spricht man oft ein so breites Publikum an, dass der Begriff „Nationalismus" schwierig ist. Aber in der Wissenschaft gehöre ich zu der Denkschule, die Nationalismus als etwas stark Konstruiertes versteht.

Ich denke, Benedict Andersons Imagined Communities ist zwar vielleicht nicht perfekt, hat aber viel dazu beigetragen, dass wir verstehen, wie Nationalismus unter bestimmten objektiven Bedingungen oder bei einer bestimmten Konstellation von Ereignissen konstruiert werden kann. Und ich glaube, was wir hier sehen, sind konkurrierende Nationalismen, konkurrierende Vorstellungen davon, was die Nation ausmacht. Und beide Seiten glauben, dass ihre Vorstellung die wahre Nation verkörpert. Sie halten den Nationalismus der jeweils anderen Seite nicht für legitim. Sie sehen ihn als illegitim an. Deshalb geht es in meinem Buch um das Auseinanderbrechen der Legitimität in den Vereinigten Staaten. Wir haben es mit einer zerbrochenen Legitimität zu tun. Hier geht es nicht einfach nur um ein paar unbedeutende Randgruppen.

Da zeichnet sich ein grundlegender Bruch in der Legitimität ab. Das ist, auf konzeptioneller Ebene, wirklich die tiefste Wurzel des Problems. Man könnte das, was in Amerika geschieht, als einen innerstaatlichen Kampf der Kulturen beschreiben. Ich selbst verwende diese Formulierung nicht besonders oft, gelegentlich aber schon. Doch in Wirklichkeit erleben wir einen innerstaatlichen

Zusammenprall verschiedener Nationalismen. Und der wird so bald nicht enden, denn diese strukturellen Faktoren werden, wie ich schon gesagt habe, noch eine ganze Weile fortbestehen. Allerdings glaube ich durchaus, dass man diese Entwicklungen verlangsamen könnte. Bei der Vermögensverschiebung glaube ich sogar, dass man sie umkehren könnte. Und ich denke, das wäre für uns von großem Vorteil.

Ich glaube, der Grund, warum das jetzt zu heißen Kulturkämpfen hochkocht, statt ein kalter Kulturkampf zu bleiben, ist, dass wir die Generation sind, in der der demografische Wandel seinen Kipppunkt erreicht. Und das geht schnell. Und unter Joe Biden hatten wir tatsächlich praktisch so offene Grenzen, wie man sie sich in einem Land nur vorstellen kann. Na ja, das wird die Traditionalisten natürlich in Angst und Schrecken versetzen. Das ist einfach absehbar. Und genau so ist es gekommen. Deshalb brauchen wir eine gemäßigtere Politik. Und das Buch beschreibt, wie die aussehen könnte. Aber Tatsache ist: Diese Dynamiken gibt es nicht nur in den Vereinigten Staaten. Das passiert auch in anderen gefestigten Demokratien. Deshalb haben sich diese Regierungen – die deutsche, die kanadische und die britische – für diese Fragen interessiert.

Tatsächlich führt die kanadische Regierung unter Carney, also sein Team, landesweite Umfragen durch, parallel zu den CIPO-Umfragen. Das ist einer der Gründe, warum ich mich mit ihnen treffe: Sie wollen, wissen Sie, im Grunde – und das wissen Sie als Wissenschaftler sicher zu schätzen – tatsächlich über die Formulierungen in einer Umfrage sprechen. Das lieben wir natürlich, weil wir uns dann ganz genau mit der Wortwahl befassen. Verzerren die gewählten Worte das Ergebnis oder nicht? Und wie geht man damit um? Ich meine, das lieben wir. Aber es ist, glaube ich, tatsächlich selten, dass sich Regierungen so eingehend damit beschäftigen. Doch genau das passiert gerade in Kanada.

#Glenn

Ich habe allerdings das Gefühl, dass wir diese Rhetorik von „wir und die", von den Eliten und dem Volk, schon einmal erlebt haben. Denn auch im neunzehnten Jahrhundert gab es Globalisierung, mit der Eisenbahn. Menschen, Finanzströme, Ideen – alles bewegte sich über Grenzen hinweg. Und nach der Wirtschaftskrise der achtzehnhundertsiebziger Jahre, als die Globalisierung im Grunde allmählich zu Ende ging, zeigte sich ebenfalls eine Spaltung. Da waren also all diese globalistischen Eliten, denen es nur um internationales Kapital und ausländische Arbeitskräfte ging. Und auf der anderen Seite stand das Volk, das als eher fremdenfeindlich wahrgenommen wurde. Diese Menschen wollten einfach ihre nationalen Identitäten zurückhaben. Und so entsteht diese Spaltung zwischen der Elite und der Bevölkerung, um die sich im Grunde der gesamte populistische Diskurs dreht.

#Robert Pape

Und wir haben etwas dagegen getan. Ich lehre ja an der University of Chicago. John Rockefeller war einer der sogenannten Raubritter des Kapitalismus in den achtzehnhundertsiebziger Jahren, von denen Sie sprechen. Nach den achtzehnhundertsiebziger Jahren erkannten Carnegie, Frick und

Rockefeller, welche Probleme durch diese massive Ungleichheit auf sie zukommen würden. Um dem vorzubeugen, steckten sie unter anderem sehr viel Geld in gemeinnützige Projekte. Lange konnten sie die Entwicklung damit zwar nicht aufhalten, aber für ein paar Jahrzehnte machte das durchaus einen Unterschied. Carnegie zum Beispiel, der im Stahlgeschäft groß war, gründete in den Vereinigten Staaten eintausendfünfhundert Bibliotheken. Auf diese Weise versuchte er, der Gesellschaft etwas zurückzugeben. Ein Mann namens Frick, ebenfalls einer dieser Raubritter des Kapitalismus, gründete diese Kunstmuseen in den Vereinigten Staaten.

Und John Rockefeller hat die University of Chicago gegründet. Im Grunde war er ein bisschen jünger, und alle anderen guten wohltätigen Zwecke waren schon vergeben. So kam es also, dass er sie gründete. Und das ist großartig, es ist eine wunderbare Institution. Aber was sie damit verhindern wollten, Glenn, war die Einkommensteuer. Die gab es damals nämlich noch nicht. Sie wurde in den Vereinigten Staaten erst neunzehnhundertdreizehn eingeführt, und sie sorgt ganz erheblich für einen Ausgleich. Natürlich gibt es allerlei Probleme damit, wie sich die Einkommensteuer seither entwickelt hat. Aber Tatsache ist: Nach ihrer Einführung hat sie viel dazu beigetragen, die wirtschaftlichen Unterschiede in den Vereinigten Staaten zu verringern, während sich die industrielle Revolution ausbreitete und so weiter und so fort. Das ging bis Mitte der neunzehnhundertachtziger Jahre so, als sich die Entwicklung dann umkehrte.

Das Problem, vor dem wir stehen, ist also: Beim Gini-Koeffizienten gab es ein Auf und Ab, soweit wir das messen können und so weiter – ein Auf und Ab bei der Einkommens- und Vermögensungleichheit in den Vereinigten Staaten. Aber seit Mitte der neunzehnhundertachtziger Jahre gibt es aus ganz unterschiedlichen Quellen viele überzeugende Belege dafür, dass die Ungleichheit hier zunimmt. Und das bedeutet, dass es für einen riesigen Teil der Gesellschaft bergab geht. Ich nenne das eine Negativsummengesellschaft. In so einer Gesellschaft leben wir inzwischen. Denken Sie mal darüber nach. Es ist keine Positivsummengesellschaft. Es ist keine Nullsummengesellschaft. Es ist eine Negativsummengesellschaft. Und deshalb gibt es hier so viel Wut. Diese steigenden Benzin- und Dieselpreise – sie steigen in einer Negativsummengesellschaft. Wie weit sollen die Menschen noch abrutschen?

#Glenn

In Europa ist es auch nicht so viel anders, wollte ich gerade sagen. Ja, es gibt keine guten Antworten. Und weil jede echte Diskussion fehlt, verschwinden einfach alle Nuancen. Es geht immer nur darum, welche Seite recht hat und gut ist und welche Seite schlecht ist und falschliegt.

#Robert Pape

Ja, lassen Sie mich einfach mal zwei politische Vorschläge auf den Tisch legen. Ich sage nicht, dass sie perfekt sind, aber irgendwo müssen wir anfangen. In Kapitel neun meines Buches stelle ich ein paar politische Vorschläge vor. Einer betrifft die Einwanderung. Ich denke, die Maßstäbe aus Obamas achtjähriger Amtszeit sind wirklich ein guter Ausgangspunkt. Denn Obama hat die

sogenannten Dreamer, wie wir sie in unserem Land nennen, aufgenommen. Aber er hat auch die Schlimmsten der Schlimmen abgeschoben – tatsächlich außer Landes gebracht. Wer hier ein schweres Verbrechen beging, musste das Land verlassen. Tatsächlich wurde er von links als „oberster Abschieber" kritisiert, weil viele ganz links selbst Menschen, die schwere Verbrechen begangen hatten, nicht ausweisen wollten.

Nun, das war eine vernünftige Politik, und ich denke, dafür könnte man viele Republikaner gewinnen. Natürlich würde man sie nicht als Obamas Politik bezeichnen, aber Jeh Johnson, Obamas Heimatschutzminister, tritt ständig bei Fox News auf. Zumindest tat er das vor den Zwischenwahlen. Aber er geht schon seit Jahren zu Fox News, weil er das sehr gut erklären kann. Der zweite Punkt in Wirtschaftsfragen, Glenn, ist aus meiner Sicht: Wir brauchen ein einfaches Konzept, die sogenannte Flat Tax, also einen einheitlichen Steuersatz. Das wäre ein wirkungsvolles Instrument. Es würde nicht alle Probleme lösen. Mir ist durchaus bewusst, dass es das Problem mit den Kapitalerträgen nicht lösen wird. Aber hier muss man etwas tun, das ein Signal setzt und tatsächlich Biss hat.

Also, ich würde sagen: Wer in unserem Land dreißigtausend Dollar im Jahr oder weniger verdient, zahlt überhaupt keine Einkommensteuer. Wer dreißigtausend Dollar oder mehr verdient, sollte einen einheitlichen Steuersatz zahlen – fünfzehn, siebzehn, achtzehn Prozent –, ohne irgendwelche Abzüge. Keinerlei Abzüge. Das heißt also, ich kann meine Hypothekenzinsen nicht mehr von der Steuer absetzen. Okay, genau so ist es. Das muss schon eine Regelung sein, die wirklich greift. Und damit setzt man ein klares Zeichen. Ich sage, das ist ein erster Schritt, denn ich weiß, dass wir in unserem Land auch ein Problem mit der Besteuerung von Kapitalgewinnen haben. Aber ich denke, wir müssen tatsächlich mit der Mittelschicht, der Arbeiterschaft und sogar der oberen Mittelschicht sprechen und ihnen sagen: „Von jetzt an geht es für euch nicht nur noch bergab." Denn genau danach sieht es im Moment aus.

#Glenn

Ich möchte jetzt ein wenig umschwenken und auf die nächsten acht Wochen zu sprechen kommen. Neben der politischen Gewalt im eigenen Land gibt es jetzt auch diesen völlig unberechenbaren Krieg mit dem Iran. Sie haben vorhin gesagt: Wir befinden uns nicht im Krieg. Wir befinden uns nicht im Frieden. Wir sind irgendwo dazwischen. Auch der Iran hat genug davon. Und gleichzeitig sehen wir Kriegspläne. Wir hören von diesen Plänen für dreitägige Angriffe. Es ist auch die Rede von der Gefahr, dass Atomwaffen eingesetzt werden könnten, und natürlich davon, dass sich das regionale Kräfteverhältnis verschiebt. Was erwarten Sie dort im Iran in den nächsten acht Jahren? Sie meinen die nächsten acht Wochen?

#Robert Pape

Ja. Was mir also Sorgen macht, ist, dass dieser gefährliche Cocktail, den du sehr gut beschrieben hast, jetzt seine Wirkung entfalten wird. Und das könnte auf ganz unterschiedliche Weise geschehen, Glenn. Also erstens – und das war auch im Sommer so – haben sich die Leute so sehr

darauf konzentriert, was Trump tun würde, dass sie ignoriert haben, was Iran tun würde. Einer der zentralen Punkte, die ich in meinem Substack „Escalation Trap" angesprochen habe – ich habe da einen Beitrag vom fünfzehnten Juni darüber, dass jetzt die Phase beginnt, in der Iran den größten Einfluss ausüben kann –, ist genau das. Darin lege ich ausführlich dar, was passieren wird. Und das war am fünfzehnten Juni, während der MOU-Phase. Okay.

Nämlich, dass die Absichtserklärung keinen Bestand haben würde. Iran würde mehr Druckmittel in die Hand bekommen, sobald die strategischen Ölreserven ein Plateau erreichten, und dann nicht mehr nur Frieden wollen, sondern auch Macht. Und im Laufe des Sommers würde Iran diese Macht immer stärker ausüben. Und zwar erstens, indem es die Preise in die Höhe treiben wollte, sodass wir auf die Zwischenwahlen in den USA zusteuern würden, mit einer echten Chance, Trumps Präsidentschaft zu ruinieren. Zweitens würde Iran seine strategischen Ziele ausweiten. Es ginge also nicht nur um seine taktischen Ziele – darum, was es in der Absichtserklärung oder zuletzt in den sieben Punkten fordert –, sondern Iran würde die amerikanischen Streitkräfte aus der Region vertreiben wollen. Darüber sprach damals niemand.

Nun, fairerweise muss man sagen, dass die iranischen Revolutionsgarden darüber gesprochen hatten. Ich stützte mich dabei auf einige ihrer Videos, die im Mai veröffentlicht worden waren, aber kaum Beachtung fanden. Alle waren so auf Trump fixiert. Verstehen Sie, was ich meine? Und dann sagte ich, dass dies auch zu einem entscheidenden Schritt führen würde: Ende Juli oder im August würde sich die zweite Front, die Front am Roten Meer, öffnen. Nun, es dauerte tatsächlich bis Ende August, ich lag also ein paar Wochen daneben. Aber genau das ist passiert. Es lief in der Reihenfolge ab, die ich beschrieben hatte. Ich hatte erklärt, dass Iran die Initiative ergreifen würde. Die setzen nicht einfach nur auf Vergeltung oder darauf, Gleiches mit Gleichem zu vergelten. Und ich denke, dass Iran Macht will. Sie wollen hier zur Hegemonialmacht der Region werden.

Und ich glaube, mit Blick auf die Zwischenwahlen sehen sie es so: Sie haben diese Wahlen gewonnen. Sie sehen, dass sie künftig an Macht gewinnen können. Und ich glaube, dass es sehr schwierig werden wird, tatsächlich ein Abkommen zu erreichen. Selbst wenn Trump wieder ein Abkommen unterzeichnen würde, mit allem Drum und Dran, glaube ich, dass es ihm schwerfallen wird, sich daran zu halten, Glenn. Denn Iran wird sich mit nichts Geringerem zufriedengeben als damit, die regionale Vormacht zu werden. Sie sind auf dem Weg dahin. Und mit regionaler Vorherrschaft meine ich nicht den gesamten Nahen Osten, sondern ganz konkret den Persischen Golf, nur damit ganz klar ist, wovon ich hier spreche. Und ich glaube, sie sind der Ansicht, dass ihnen eine eigene Einflusssphäre zusteht.

Diese Einflusssphäre sollte auch Einfluss darauf umfassen, wie die Golfstaaten ihr Öl kaufen und welche Währungen sie dafür verwenden. Ich denke, sie haben wahrscheinlich auch ein Auge auf diese Staatsfonds geworfen. Deshalb glaube ich, dass wir sehen werden, wie Iran weiterhin nach einer regionalen Vormachtstellung strebt. Und ich glaube nicht, dass sie plötzlich, na ja, die netten Jungs spielen und Trump einen gesichtswahrenden Ausweg bieten werden. Und selbst wenn Trump etwas unterzeichnen sollte, glaube ich einfach nicht, dass Iran Macht abgeben wird. Wir haben nur

selten erlebt, dass Staaten Macht abgeben. Und die Fälle, in denen das geschehen ist, etwa als die Ukraine ihre Atomwaffen aufgegeben hat, sehen viele als abschreckendes Beispiel.

#Glenn

Ich habe von Iranern etwas Ähnliches gehört: Es wird als Fehler gesehen, den Vereinigten Staaten die Kontrolle über die Eskalation überlassen zu haben. Man hat den USA erlaubt, zu entscheiden, wann die Bombardierung beginnt und wann sie endet. Damit befand sich Iran zwischen Krieg und Frieden, ohne wirklich im einen oder im anderen Zustand zu sein. Das im Grunde zu akzeptieren und nicht selbst die Initiative zu ergreifen, hat das falsche Signal gesendet. Denn wenn die USA entscheiden konnten, wann sie die Bombardierung beenden, welchen Preis müssten sie dann dafür zahlen, sie überhaupt zu beginnen? Wenn man sie einfach jederzeit wieder abstellen kann, verstehen Sie? Der Gedanke dahinter ist also, dass man diese Kontrolle über die Eskalation nicht aus der Hand geben sollte.

#Robert Pape

Weil es ihre Überlebenschancen schmälert. Ich denke, Iran handelt hier ganz im Sinne des klassischen Realismus. Ich glaube, vor Juni zweitausendfünfundzwanzig haben sie zu zurückhaltend reagiert. Ich glaube, seit Juni zweitausendfünfundzwanzig ist das nicht mehr der Fall.

#Robert Pape

Und ich denke, als sie im März und April feststellten, dass sie überleben konnten, ging es ihnen nicht mehr nur ums Überleben, sondern um Ehrgeiz, um das Streben nach Macht. Und ich meine relative Macht. Und ich glaube, sie sind auf dem Weg, zur regionalen Hegemonialmacht zu werden. Ich denke, in ein oder zwei Jahren werden sie sehr wahrscheinlich Atomwaffen haben. Und ich denke, sie werden zum vierten Machtzentrum der Welt werden. Und die einzige wirkliche Chance, das jetzt noch zu verhindern, die Trump in Betracht zieht, ist eine Eskalation. Ich spreche darüber schon seit einiger Zeit, Glenn, bisher eher leise, aber jetzt werde ich deutlicher darüber sprechen. Es gibt einen dritten Ansatz, Glenn, einen Ausweg aus der Eskalationsfalle.

Und ich habe gestern auf meinem Substack „Escalation Trap" erklärt, was das ist. Das nennt sich regionales Kräftegleichgewicht. Regionales Kräftegleichgewicht. Und damit meine ich nicht, dass Amerika einfach abzieht und sich verabschiedet. Ich meine auch nicht, dass Amerika einen Regimewechsel anstrebt. Stellen Sie es sich als Eindämmung vor. Es geht nicht um Zurückdrängung. Es geht nicht um Beschwichtigung. Es geht um Eindämmung. Okay, das ist also die Idee dahinter. Im Grunde eine klassische Eindämmungspolitik, nur eben ohne US-Truppen an vorderster Front. Stattdessen würde man schrittweise dazu übergehen, dass die Golfstaaten in den nächsten sechs Monaten, im nächsten Jahr, in den nächsten ein bis zwei Jahren einen größeren Teil der eigentlichen Hauptlast tragen. Und ich denke, das ist eine echte Alternative zu der Situation, in der wir uns heute befinden.

Und das bringt Herausforderungen mit sich. Ich erwarte nicht, dass alle sagen: „Na klar, das ist doch ein Kinderspiel." Aber gleichzeitig halte ich das für einen echten dritten Weg, Glenn, verglichen mit dem, wo wir heute stehen: Wir drehen uns nur im Kreis und stellen immer wieder dieselben Liegestühle um – mit den Ideen, die wir schon früher hatten. Die haben damals nicht funktioniert. Und ich glaube nicht, dass sie in Zukunft viel besser funktionieren werden. Wir brauchen also eine wirklich neue Idee, und die heißt: ein regionales Kräftegleichgewicht schaffen. Und ich denke, jetzt, da die Zwischenwahlen vorbei sind, können wir anfangen, darüber nachzudenken. Wissen Sie, ich habe das nicht schon früher öffentlich gemacht, aber meinen Substack-Abonnenten habe ich davon erzählt. Ich mache diese Videos wöchentlich und alle zwei Wochen, deshalb wissen sie schon seit einiger Zeit davon.

Aber ich habe auch erklärt, dass ich mir dachte: „Ich werde das erst nach den Zwischenwahlen an die große Glocke hängen", weil ich nicht glaubte, dass mir vorher irgendjemand zuhören würde. Und ich glaube, damit lag ich richtig. Ich meine, schauen Sie sich nur an, was passiert ist. Jetzt besteht, glaube ich, die Möglichkeit, dass die Menschen nach einem echten Ausweg suchen, einem wirklich echten Ausweg, statt nur darüber zu reden. Und ich glaube, der Ausweg liegt hier in einem regionalen Kräftegleichgewicht. Das heißt nicht, dass Amerika keine Rolle mehr zu spielen hätte. Aber wenn Sie sich die Machtverhältnisse vorstellen, die mir hier vorschweben, dann entfielen vierzig Prozent der Macht am Golf auf den Iran, vierzig Prozent auf die Golfstaaten und etwa zwanzig Prozent auf Amerika, so ungefähr. Davon haben wir uns nicht völlig verabschiedet.

Aber gleichzeitig versuchen wir, für regionale Stabilität zu sorgen, und nicht zur amerikanischen Vormachtstellung oder Hegemonie zurückzukehren. Und auch nicht zum amerikanischen Isolationismus. Der Grund ist: Der Golf ist für die Vereinigten Staaten kein so lebenswichtiges Interesse, dass es sich lohnen würde, dafür einen Bodenkrieg zu führen. Aber er ist von strategischem Interesse, denn was am Golf passiert, wird enorme Auswirkungen auf die amerikanische Wirtschaft und die Weltwirtschaft haben. Das ist einfach eine Tatsache. Und sich darauf zu verlassen, dass der Iran nie wieder die amerikanische Wirtschaft ruinieren will? Oh Mann, das ist kein Realismus. Ich weiß nicht, wie man das nennen soll, aber Realismus ist es nicht. Realismus bedeutet, dass man ein Gleichgewicht der Kräfte braucht. Wie soll dieses Gleichgewicht also aussehen? Ich sage, es sollte ein regionales Kräftegleichgewicht sein.

#Glenn

Was Sie da beschreiben, war allerdings früher die traditionelle Politik der USA: die eines aus der Distanz agierenden Gegengewichts. Man griff erst gegen Ende eines Konflikts ein, um sicherzustellen, dass das Kräftegleichgewicht wiederhergestellt wird. So konnten sich die USA wieder zurückziehen, und die Regionalmächte konnten sich gegenseitig in Schach halten. Denn wenn die USA stark präsent sind und, wie Sie sagten, eine Vormachtstellung anstreben, dann beginnen die Regionalmächte, sich zusammenzuschließen.

#Robert Pape

Genau. Genau. In meinen Büchern Dying to Win – meinem ersten Buch über Selbstmordterrorismus – und Cutting the Fuse spreche ich in den Schlusskapiteln über Offshore-Balancing. Und mit Blick auf die konkrete Umsetzung habe ich das auch als Over-the-Horizon-Strategie bezeichnet, Glenn. Aber mein Begriff von „Offshore-Balancing" unterscheidet sich von dem, was John und Steve darunter verstehen. Der Unterschied ist: Ich halte es für wichtig, eine Politik für regionale Stabilität zu verfolgen. Ich meine eine echte Politik für regionale Stabilität. Und ich glaube nicht, dass die beiden das derzeit für wichtig halten. Wenn sie das anders sehen, können sie es sagen.

Aber das geht schon seit zwanzig Jahren so. Und Johns Büro ist gleich da drüben, deshalb bin ich mir ziemlich sicher, dass ich weiß, worum es hier geht. John und Steve konzentrieren sich also darauf, den Schwerpunkt nach Asien zu verlagern. Verstehen Sie, was ich meine? Ich konzentriere mich darauf, wie man in einer der Schlüsselregionen der Welt für etwas Stabilität sorgt, die seit dem Ende des Kalten Krieges so instabil ist. Ich meine, natürlich ist inzwischen auch Osteuropa instabil. Ich sage also nicht, dass es nur dort Instabilität gegeben hat, bitte. Aber ich sage schon, dass die Golfregion eine bemerkenswert instabile Gegend der Welt gewesen ist.

Die Vorstellung, dass wir irgendwie einfach keine Politik zur Sicherung der Stabilität brauchen, halte ich für nicht besonders gut. Und wir haben bisher auch kaum eine solche Politik verfolgt. Das war eher wie ein Lichtschalter, Glenn. Entweder haben wir uns voll engagiert, mit massiven Kampfeinsätzen, und das war ein Desaster. Oder wir haben versucht, uns komplett zurückzuziehen, und ich denke, auch das war ein Desaster. Ich sage also, es gibt einen dritten Ansatz: ein regionales Kräftegleichgewicht. Und ja, das entspricht meinem Konzept des Offshore-Balancing. Aber ich glaube, dieser Begriff ist inzwischen zu einem sehr weit gefassten Oberbegriff geworden. Deshalb gibt es in unserem Fachgebiet mittlerweile verschiedene Varianten des Offshore-Balancing.

#Glenn

Ich wollte zum Abschluss diesen Gedanken noch auf Europa übertragen. Denn die Vorstellung von einer Vormachtstellung oder globalen Hegemonie zeigte sich in Europa ja in der NATO-Erweiterung, bei der die Russen im Grunde außen vor gelassen wurden. Und wie wir jetzt im Krieg in der Ukraine sehen, stehen die Russen im Zentrum des Geschehens und fordern eine neue europäische Sicherheitsarchitektur. Und die USA haben bereits in gewissem Maße signalisiert, dass Europa keine Priorität mehr hat.

#Robert Pape

Das heißt, nicht mehr im gleichen Maße wie früher.

#Glenn

Was bedeutet das für Europa?

#Robert Pape

Nicht die NATO, also die USA und Europa. Am neunten September, Glenn, war ich ins Europäische Parlament eingeladen – eine große Ehre – und habe dort zwei Stunden lang mit einigen Abgeordneten gesprochen. Das ist online, das Video dazu können Sie sich ansehen. Und Sie werden sehen: Anfangs ging es um den Iran, aber sehr schnell drehte sich alles um die Ukraine, weil sie lieber über die Ukraine sprechen wollten als über den Iran. Ich habe ihnen also erklärt, dass Amerika meiner Ansicht nach nicht zurückkommen wird, um die Ukraine oder Europa zu retten. Aber es ist inzwischen keine Frage des Willens mehr. Es ist eine Frage der Fähigkeiten. Und ich glaube, die Europäer sollten da nicht mit viel rechnen.

Vor dem Irankrieg ging es darum, ob die Vereinigten Staaten den Willen hatten, Europa zu helfen, verstehen Sie? Jetzt geht es darum, ob sie dazu in der Lage sind. Und ich habe gesagt, dass es für Europa darum gehen muss, im Krieg zwischen Russland und der Ukraine auf regionale Stabilität hinzuarbeiten. Konkret heißt das: Europa sollte nicht einfach einen ukrainischen Sieg anstreben, also russische Truppen von jedem Zentimeter ukrainischen Bodens zu vertreiben. Selenskyj oder jeder andere ukrainische Staatschef mag das weiterhin wollen, aber das sollte nicht Europas Politik sein. Genauso wenig sollte Europas Politik darin bestehen, sich auf Russlands Seite zu stellen und Russland dabei zu helfen, weiteres ukrainisches Gebiet zu erobern. Die russische Führung mag das wollen, aber das sollte nicht Europas Politik sein.

Ich habe gesagt, Europa sollte etwas anstreben, das dem Waffenstillstandsabkommen im Koreakrieg von neunzehnhundertdreiundfünfzig ähnelt, das den Krieg ja nicht einmal offiziell beendet hat. Die Europäer sollten der Ukraine keine EU-Mitgliedschaft anbieten. Sie sollten der Ukraine auch keine Mitgliedschaft in einer Organisation namens NATO anbieten, denn für mich ist die NATO praktisch tot. NATO bedeutet, dass die Vereinigten Staaten und Europa eine gemeinsame Politik verfolgen, und ich glaube einfach nicht, dass es die noch gibt, oder? Deshalb denke ich, dass Europa das übernehmen sollte. Und ich glaube übrigens, dass Europa sich zumindest seit Trumps Amtsantritt hier im Jahr zweitausendsechsundzwanzig tatsächlich in diese Richtung bewegt, wenn auch holprig und langsam. Aber ich finde nicht, dass die Europäer sich einfach auf die Seite der Ukraine stellen und ihr dabei helfen sollten, Russland von ukrainischem Boden zu vertreiben.

Ich denke, es sollte einen Waffenstillstand geben. Aber ich möchte es noch einmal sagen: Ich finde nicht, dass Europa der Ukraine eine Mitgliedschaft in der EU oder der NATO anbieten sollte. Das sind für Putin und Lawrow nichts als Dolche in den Augen. Darauf werden sie sich niemals einlassen. Sie werden das als Bedrohung sehen, und das zu Recht. Und übrigens muss Europa nicht zugeben, dass die NATO-Erweiterung den Krieg verursacht hat. Ich glaube, dass sie das getan hat. Ich denke, John hat in diesem Punkt recht. Aber ich bin anderer Meinung, was das weitere Vorgehen angeht. Ich denke, es geht hier nicht darum, Putin noch mehr Territorium zu überlassen oder dergleichen. Im Kern sollte es um einen Waffenstillstand entlang der heutigen Kontaktlinie gehen. Und Europa sollte

die Ukraine unterstützen, solange sie sich daran hält. Und wenn sie davon abweicht, sollte man die Ukraine bestrafen und die Unterstützung zurückfahren.

Entscheidet euch nicht einfach für irgendeine Seite. Seid ihr im Team Ukraine oder im Team Selenskyj, oder seid ihr im Team Putin? Ich habe ihnen gesagt, sie sollten im Team Europa sein. Und so sehe ich das auch für Amerika. Ich finde nicht, dass wir im Team anderer Länder sein sollten, egal welcher. Ich finde, wir sollten im Team Amerika sein. Und wenn man im Team Amerika ist, muss man sich die Mühe machen, herauszufinden, was im eigenen Interesse liegt. Und ich glaube, regionale Stabilität ist in den Schlüsselregionen der Welt das vorrangige Interesse der Vereinigten Staaten. Und ich denke, auch für Europa ist das hier, bei Russland und der Ukraine, das zentrale Interesse. Es ist in niemandes Interesse, diesen Krieg eskalieren zu lassen, weil man versucht, bis Weihnachten noch einmal, was weiß ich, zweihundert Quadratkilometer Gebiet zu gewinnen. Das ist es überhaupt nicht wert.

#Glenn

Eine der merkwürdigen Situationen, die wir heute erleben, während sich die Amerikaner, die Russen und die Ukrainer in Abu Dhabi treffen, ist folgende: Die Russen wollen eine neue europäische Sicherheitsarchitektur, weil sie die Ursache dieses Konflikts so sehen, wie sie sie sehen. Aber sie wollen die Europäer nicht mit am Tisch haben, weil sie glauben, dass die Europäer die Gespräche höchstwahrscheinlich sabotieren würden. Und ganz ehrlich, das klingt nachvollziehbar. Das würden sie wahrscheinlich auch tun. Allerdings erfordert eine neue europäische Sicherheitsarchitektur die Beteiligung der Europäer.

Und auf der anderen Seite haben wir natürlich die Europäer – die sitzen allerdings nicht mit am Tisch, weil man sie nicht reinlässt. Sie wollen mit am Tisch sitzen, aber mit den Russen wollen sie eigentlich nicht reden. Wenn wir also die europäische Sicherheitsarchitektur als das Problem ausmachen – also: Wir haben die europäische Sicherheit nach dem Kalten Krieg um die NATO herum aufgebaut, weil sie diese kollektive Hegemonie ermöglichte –, dann ist die jetzt weg. Wie Sie gesagt haben: Die NATO ist tot. Wie sollen wir sie dann nennen?

#Robert Pape

Ja, ich glaube, hier liegt der Fehler, Glenn. Die Leute denken, die Reihenfolge müsse sein: erst ein Abkommen, dann Stabilität. Damit liegen sie genau falsch herum. Erst muss Stabilität herrschen. Dann kann ein Abkommen kommen oder auch nicht. Und übrigens: Sobald Stabilität herrscht, werden die Leute allmählich das Interesse an diesen Einzelheiten eines Abkommens verlieren. Genau das ist in Korea passiert. Seit neunzehnhundertdreiundfünfzig ist doch niemand immer wieder gekommen und hat Alarm geschlagen und gesagt: „Hey, wir sollten besser ein richtiges Friedensabkommen schließen." Das heißt natürlich nicht, dass seit neunzehnhundertdreiundfünfzig

nichts vorgefallen wäre. Das ist mir klar. Aber gleichzeitig ist das, glaube ich, hier das Dilemma: Die Leute denken, erst kommt ein Abkommen, dann Stabilität. Das ist ein großer Fehler. Ich glaube, es gibt Gleichgewichte zwischen den Mächten.

Man setzt dieses Kräftegleichgewicht durch, und das sorgt für Stabilität. Und ich habe den Abgeordneten des EU-Parlaments gesagt, dass sie ihre Ziele klar definieren müssen, statt zu sagen: „Na ja, schließen wir erst mal einen Deal und schauen, was wir rausholen können." Nein, das ist kein Immobiliengeschäft. Das ist Großmachtpolitik allerersten Ranges. Man legt fest, was das eigene Ziel ist. Und ich sage ihnen, was ihr Ziel sein sollte – nicht gerade bescheiden, muss ich zugeben. Ich sage, es sollte regionale Stabilität sein, nicht einfach ein Sieg der Ukraine oder ein Sieg Russlands. Aber ich denke, so muss man vorgehen, und dann setzt man das auch durch. Wenn sich herausstellt, dass die Ukraine anfängt, Moskau zu bombardieren, dann bestraft man die Ukraine dafür, dass sie Moskau bombardiert.

Wenn sich herausstellt, dass Putin am ersten Februar in ganz Kiew den Strom abschalten wird, dann schlagen Sie sich eben stärker auf die Seite der Ukraine. Aber Sie machen deutlich, dass Sie Ihr Handeln an der Stabilität ausrichten, richtig? Nicht daran, wer hier recht hat und wer unrecht – also daran, wer hier im letzten, existenziellen Sinne recht oder unrecht hat. In der Großmachtpolitik ist das keine gute Idee. Ich denke, besser wäre es, ein Gleichgewicht der Kräfte anzustreben und dann klarzumachen, dass Sie Ihre Politik durchsetzen werden. Sie setzen diese Politik einfach durch, statt herumzusitzen und zu versuchen, die Leute an irgendeinen Verhandlungstisch zu bringen, wo Sie nur die Zeit aller Beteiligten verschwenden und wahrscheinlich die Stabilität untergraben.

#Glenn

Ja, ich glaube, das Problem hier in Europa ist, dass der Manichäismus so stark ausgeprägt ist. Alles wird als Kampf zwischen Gut und Böse gesehen. Das führt dazu, dass das Gleichgewicht der Kräfte und Neutralität mittlerweile als unmoralische Konzepte gelten.

#Robert Pape

Hier hatten die Realisten moralisch schon immer die besseren Argumente. Und das ist so ironisch, weil Realisten, mich eingeschlossen, sagen: Wir wollen uns nicht moralisch über andere stellen. Aber dann stellt sich heraus: Wer vertritt die moralischste Politik? Wer sind die Leute, die sich immer dagegen aussprechen, Zivilisten zu töten? Es sind immer die Realisten. Wer verfolgt eine Politik, die tatsächlich dazu führt, dass Zivilisten nicht getötet werden? Es sind die Realisten. Denn ohne ein Machtgleichgewicht sind die Zivilisten die Ersten, die dran glauben müssen. Ich verstehe also, was du sagst, Glenn, aber ich denke, wir müssen trotzdem weiter in Kategorien des Machtgleichgewichts sprechen. Und genau das habe ich im EU-Parlament getan, wo ich, da bin ich mir ziemlich sicher, vor einer Menge Liberaler gesprochen habe. Und sie haben mich nicht hochkant rausgeworfen, auch

wenn sie nicht gerade begeistert davon waren, wie ich es formuliert habe. Aber sie mussten es hören, damit sie erkennen konnten: Worauf wollen sie denn konkret hinarbeiten? Was genau soll es sein?

#Glenn

Professor Pape, vielen Dank, dass Sie sich Zeit genommen haben. Ich weiß, Sie müssen noch eine Lehrveranstaltung halten. Ich muss jetzt los und über Präventivkrieg unterrichten.

#Robert Pape

Ich ziehe jetzt in einen Präventivkrieg. Viel Glück. Danke, Clark. Es war mir wirklich ein Vergnügen. Tschüss.